Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. **Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. **Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 187. | Dresden, Mittwoch den 14. August 1912. | 23. Jahrg.

Der doppelte Bankrott des Chauvinismus.

th. Wien, 12. August.

In den böhmischen Tälern und Wäldern, wo so lange das Hifthorn des Kampfes tönte, flötet sanft die Schalmei des Friedens. Tschechisch- und Deutschbürgerliche wollen sich schon seit einem Jahre in die Arme sinken, doch verzögern allerlei kleine Hindernisse den Eintritt der rührenden Szene. Und schließlich hat man sich wegen Hitze und Uebermüdung eine Pause im Friedenschließen bewilligt. Das „Stocken des Ausgleichswerks" ist jedoch mehr als der Ausdruck der Schwierigkeiten, die sich bei der Ordnung der nationalen Verhältnisse ergaben, es zeigt eine Krise des Chauvinismus an. Seit 1908 lähmt den böhmischen Landtag die Obstruktion der Deutschen. Sie ist siegreich nach allen Richtungen. Sie hat die Landesverwaltung des „Königreichs Böhmen" aufs tiefste gedemütigt. Als bettelhafte Schuldnerin steht sie nun da, unfähig, auch nur die halbe Million Verpflegskosten zu bezahlen, die sie Niederösterreich für Spitalspflege ihrer Landeskinder schuldig ist — Straßen- und Schulbauten, alles hat aufgehört. Ja, man muß die Irren frei umherlaufen lassen, weil man kein neues Irrenhaus bauen kann. Andrerseits ist der Versuch der Tschechen, die deutsche Obstruktion niederzuringen, kläglich mißglückt. Kein Reichsrat, solange es keinen Landtag gibt, war 1908 die tschechische Parole. Allein das Abgeordnetenhaus des allgemeinen Wahlrechts zeigte sich dank der Widerstandskraft der Sozialdemokraten stark genug, die tschechische Obstruktion abzuwehren, und zu guter Letzt waren es die Tschechen, die eine Aenderung der Geschäftsordnung vorschlugen und durchsetzten, die die Obstruktion im Reichsrate außerordentlich erschwert.

Indes hat der Sieg der Deutschen in Böhmen zwei böse Aber. Er ist vor allem keineswegs die Frucht überlegter Taktik. Die Deutschen begannen 1908 den Kampf keineswegs, weil ihnen der eine deutsche Aktuar bei der Landtagskanzlei verweigert wurde und sie gegen die tatsächlich ungerechte, weil ausschließlich tschechische Bewerber bevorzugende Landesverwaltung Verwahrung einlegen wollten. Das bildete bloß den Vorwand. Ihr Haß und Schrecken war die Beckhsche Landeswahlreform, die einen Wahlkörper der bisher nicht Wahlberechtigten vorsah, und die also im deutschen Teile Böhmens aus dieser Wahlkurie vornehmlich Sozialdemokraten in die Landstube geführt hätte. Wie nun die Sozialdemokraten in nachdrücklichen Kundgebungen die Hinterlist und Tücke dieses sonderbaren Kampfes ums Recht aufdeckten, blieb den Deutschbürgerlichen nichts übrig, als ihr Kampfthema zu „vertiefen" und die administrative Zweiteilung als Ziel zu setzen. Damit wurde zugleich jeder als Verräter gebrandmarkt, der gegen die Obstruktion sein Wort erhob — mit welchem Erfolge, haben die Reichsratswahlen in Böhmen 1911 erwiesen. Nun war der Sieg scheinbar vollständig —, aber er war zu vollständig. Der lahmgelegte Landtag fing an, sich auch den Deutschbürgerlichen schmerzlich fühlbar zu machen. Ihre Lehrer, die besten Agitatoren, wurden kopfscheu, weil die Gehaltsaufbesserung in unabsehbare Ferne gerückt wurde, ihre Bauern begannen zu murren, weil die Meliorationen ausblieben, zu denen der Staat nichts zahlt, wenn die Landesbeiträge ausbleiben. Endlich litten seit dem Erlöschen der Landesbierumlage die deutschen Stadtverwaltungen, da sie ihrer Bierzuschläge verlustig wurden, und fanden sich etwa, wie in Reichenberg, die Wirte bereit, die Zuschläge freiwillig zu zahlen, so erhoben sie sich damit zu einer Diktatur in der Gemeinde, die auf die Länge unerträglich ward.

Deshalb konnte es dem Statthalter Grafen Thun, der damit den Weg zum Ministerpräsidium zum zweiten Male sich bahnen will, gelingen, die Ausgleichsverhandlungen ins Werk zu setzen. Beide Teile brauchen den Frieden — allein beide Teile sind unvermögend, ihn herzustellen. Noch kennt man nicht genau die Ausgleichsbedingungen, die überdies keineswegs zu einer Einigung in allen Punkten geführt haben, doch was man von ihnen kennt, schafft elendes Flickwerk und kann höchstens einen Waffenstillstand von einigen Jahren verbürgen. Wenn die Erhöhung der Landesumlagen durchgeführt ist, wird der Hader neu entbrennen. Das Volk wird in Gestalt der erhöhten Landessteuern die Kosten zahlen, doch von Rechten, von einer Wahlreform ist keine Spur. In Wirklichkeit wollen sich eben die Führer beiderseits die Bahn für den Reichsrat glatt legen, um dort wieder für ein paar Jahre Ministersessel besetzen zu können.

Doch anders als die Führer denken die kleinen Schreier, denen mit dem nationalen Zank das tägliche Brot ihrer Phrasen geraubt wird. Und im Grunde ist dies die allgemeine Sorge. Wie eine bürgerliche Politik machen ohne die Herdwärme der chauvinistischen Erregungen? Seit 25 Jahren war nichts anderes als dies Stoff und Thema jedes Artikels, jeder Rede. Undenkbar, daß es anders würde. Es wäre der Untergang. Je weniger die beiden bürgerlichen Lager imstande sind, die ernsthaften sprachlichen Rechte ihres Volksstammes gegen Uebergriffe der anderen Nation sicherzustellen, um so mehr sind sie daran interessiert, daß die Quelle der Klagen und die nährenden Brünnlein des Hasses nicht versiegen. Den Krieg können sie nicht mehr weiter führen, der Friede wäre das Ende — so bleibt nur ein Drittes, das Scheinwerk eines Ausgleichs, der nicht Krieg noch Friede ist.

Und das bedeutet einen Bankrott des tschechischen wie des deutschen Chauvinismus!

Der marokkanische Sultanwechsel.

pc. Paris, 12. August.

Muley Hafid, Marokkos Sultan, dankt ab: seine Leber ist krank und sein Gewissen drückt ihn. Nach Mekka will er ziehen, zur heiligen Stadt, und nach Vichy, dem französischen Badekurort. Noch nicht einmal ganz vier Jahre sind es her, daß ihm Marokko als „Retter" zujubelte, als er den Thron bestieg, von dem er seinen Bruder Abdul Asis lieblos verstieß, den „Verräter", den „Ueberläufer", der Mohammed und seine heilige Lehre dadurch geschändet hatte, daß er Automobile und Photographenapparate, Musikautomaten und physikalische Spielzeuge sammelte. Seit Jahren herrschte im Innern des Landes keine Ruhe. Europäisches Geld, das heute aus Frankreich, morgen aus Deutschland kam, ermutigte und ermunterte den oder jenen Stammeshäuptling, die Rebellion nicht einschlafen zu lassen. Die „Großmächte" konnten kein „ruhiges Marokko" brauchen: der Bürgerkrieg durfte nicht aufhören, sonst hätte die „zivilisatorische Hand" Europas auch den letzten Vorwand verloren, um „erzieherisch" einzugreifen. Mächtige Finanzgruppen sorgten dafür, daß die Brüder des Sultans Abdul Asis sich gegen ihn empörten, daß Buhamara, der Roghi, des Sultans gefährlichster Feind, immer und immer wieder gegen Fez anstürmte . . . und eines schönen Tages, nachdem Deutschlands und Frankreichs Diplomatie sich verständigt hatte, verkündeten in Tanger die donnernden Kanonen, daß ein neuer Herrscher gekommen wäre: Muley Hafid, „fromm, ernst, von großem Einfluß auf die muselmanische Bevölkerung — und trotz alledem entschlossen, mit Europa Hand in Hand zu arbeiten . . .", verkündete die bürgerliche Presse.

„Deutschlands Sultan", nannten ihn allerdings mißtrauisch einige französische Blätter; als „Sultan des heiligen Krieges" verdächtigten ihn andere. Und im Grunde wußte keiner, welche Träume durch Muley Hafids schwarzbraunen Schädel gingen, wenn er hinter den weißen Mauern seiner herrlichen Gärten sich gen Osten verneigte . . . Muley Hafid wurde der Sultan des französischen Protektorats. Ein Jahr nach seiner Thronbesteigung gelang es ihm, Buhamara, den bösen Roghi, gefangen zu nehmen. Sechs Jahre hatte sein Bruder das ohne Erfolg versucht. Die „Zentralgewalt" erschien gestärkt, so viele kleine Rebellen auch noch in den Bergen und Tälern blieben . . . Inzwischen wurde die „Marokkofrage" immer aktueller — in Europa. Und im Sommer 1911 knackten Millionen von Flintenhähnen: Deutschland und Frankreich fingen an, miteinander „unter vier Augen" zu diskutieren. „Die Souveränität des Sultans ist natürlich eine Sache, die weder von der einen noch von der anderen Regierung angetastet werden darf," schrieb die großkapitalistische Presse Frankreichs. Hinter dem Satz verbarg sich ein Körnchen „ehrlicher" Absicht, dem Sultan seine „Souveränität" wenigstens in den Augen der Marokkaner zu lassen. Die Finanzleute sagten sich, daß sie dann mit seiner Hilfe ihre Pläne viel leichter durchführen könnten. Wie vor einem wirklichen Herrscher, wollten sie sich gern vor ihm beugen, wenn das Volk zusah: nur bei ihren Geschäften sollte er ihnen blind helfen... Gewisse Korrespondenzen bürgerlicher Blätter Frankreichs, die vor einigen Monaten veröffentlicht wurden, haben aller Welt offenbart, daß Frankreichs Gesandter, Regnault, vor den schlimmsten Mitteln nicht zurückschreckte, um dem Sultan die endgültige Unterzeichnung des französischen Protektorats zu erpressen.

Schon am 17. Oktober 1911 (also vor dem Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen) hatte er dem französischen Minister des Auswärtigen wissen lassen, daß er abdanken wolle. Ob Mohammeds Geist über ihn gekommen war, ob er für sein Leben fürchtete, wenn er nach den Ereignissen, die er leicht voraussehen konnte, seinen Untertanen noch als „Herrscher" gegenüberzutreten wagte — ob die Erzählungen seines Gesandten El Mokri, der sich monatelang in allen Kabaretts von Paris herumgetrieben hatte und bei den schönen Frauen der großen Boulevards ein gern gesehener Gast war, in Muley Hafid eine Europasehnsucht wachgerufen hatte? Wer könnte es sagen, was in seiner Seele reifte?

Die Folgen der Abdankung Muley Hafids könnten für die Zustände in Marokko sehr gefährlich werden. Wenn es auch die französische Regierung verstanden hat, zu verhindern, daß Muley Hafid zuerst nach Mekka reiste, wodurch seine Abdankung leicht den Charakter einer „religiösen Buße" erhalten hätte, so könnte das Gerücht einer „erzwungenen Abdankung" doch sehr rasch die friedlichen Stämme zur Rebellion reizen. Der französische Resident, Lhautey, scheint auch neue Aufstände vorauszusehen: das geht aus einer Mitteilung der Armeezeitung hervor, die von der gesamten bürgerlichen Presse totgeschwiegen wird. Darin heißt es, daß Lhautey, der jetzt schon gegen 50 000 Mann in Marokko kommandiert, noch eine sofortige Sendung von 30 000 weiteren Mann von der Regierung erbittet. Das erste Hunderttausend Soldaten wäre damit bald erreicht. An die Autorität Muley Jussufs, des jüngeren Bruders Muley Hafids, dessen Nachfolger er werden soll, scheint also Lhautey nicht zu glauben: zur Kanone und zur Flinte allein hat er Vertrauen. Das läßt erkennen, wie weit die „Beruhigung" des Landes, von der die kapitalistischen Blätter in der letzten Zeit so viel zu berichten wußten, durchgeführt ist.

•

Tanger, 13. August. Meldungen aus Marrakesch berichten, daß der Thronprätendent El Haiba nur noch zwei Marschstunden von der Stadt entfernt ist. Er soll von allen Kaids der Umgebung zum Sultan proklamiert worden sein. In Mozagan herrscht Ruhe. Der spanische Geschäftssekretär, der mit der Untersuchung des vom Kaid Triahi verursachten Zwischenfalls beauftragt wurde hat noch keine Zeugen vernommen.

Die schwarze Parade.

e. Aachen, 12. August.

Der Aachener Katholikentag hat einen merklich internationalen Einschlag. In der gestern abend abgehaltenen Begrüßungsversammlung waren Vertreter von Belgien, Holland, Oesterreich, der Schweiz usw. anwesend, die den deutschen Katholiken die Grüße ihrer ausländischen Glaubensgenossen brachten; namentlich machte sich auch die Gegenwart ausländischer Kirchenfürsten: von Mecheln (Belgien) bis nach Bombay (Indien) und Khartum (Zentralafrika) bemerkbar. Ein weiteres Kennzeichen dieses Katholikentages ist die auffallende Betonung, die die Redner auf die immer wiederkehrende Erklärung legen, daß die deutschen Katholiken der kirchlichen Autorität, also Papst und Bischöfen, stets gehorsam sein und bleiben würden. Auf dem Essener Katholikentag 1908 hielt man es noch für angebracht, in die Rede des Kardinals Vannutelli, der die deutschen Katholiken wegen ihres Gehorsams gegen den Papst rühmte, die Worte hineinzukorrigieren: „soweit es die Religion betrifft." Von dieser Einschränkung ist in Aachen nicht mehr die Rede, und stolz verkündete in der gestrigen Begrüßungsversammlung der Vorsitzende des Lokalkomitees: „Wir Katholiken erneuern heute im Angesicht unserer Bischöfe das Gelöbnis, der Autorität zu gehorchen, Gehorsam und Liebe unserer von Gott gesetzten katholischen Obrigkeit zu erweisen." Also unbeschränkter und unbedingter Gehorsam dem Papste gegenüber!

• •

Die zweite geschlossene Versammlung, die heute morgen stattfand, beschäftigte sich zunächst mit einer formalen Sache, der aber eine große innere Bedeutung beiwohnt. Man weiß, daß es im Klerikalismus kracht, daß das Treiben übereifriger und übergläubiger Leute die katholische Einigkeit stark erschüttert. Um den Zweck der Katholikentage nicht zu gefährden, d. h. um die Einigkeit der ultramontanen Christenheit auch dann zu demonstrieren, wenn sie gar nicht da ist, soll in Zukunft der Vorsitzende das Recht haben, die Beratung von Anträgen, über die in weiten Kreisen der deutschen Katholiken eine Meinungsverschiedenheit besteht oder sich eine solche bei der Beratung ergibt, auszusetzen, um vorerst dem Vorstande Bericht zu erstatten. Ferner soll der Vorsitzende Anträge, die bei der Abstimmung nach seiner Meinung ein zweifelhaftes Ergebnis haben, als abgelehnt erklären dürfen. Den Besuchern der Katholikentage kann nunmehr, nachdem die Satzungen in diesem Sinne geändert worden sind, ein ungestörter Verlauf des Schauspiels und die ungetrübte „Einigkeit" des Klerikalismus garantiert werden.

In der geschlossenen Versammlung stand wie üblich der Antrag bezüglich der „römischen Frage" an der Spitze. Dieser Antrag enthält die Forderung, daß der Papst die „volle und wirkliche Freiheit in der Ausübung seines höchsten Hirtenamts genieße"; die Katholiken werden aufgefordert, fleißig zu beten, daß „der allmächtige Gott die Tage der Prüfung für den Papst abkürze", und da der Papst vom Gebet der Gläubigen allein nicht leben kann, wird erwartet, daß die katholische Christenheit „nicht erlahme in der Unterstützung des Peterspfennigs". Der Antrag wird mit donnerndem Beifall einstimmig angenommen; desgleichen der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes. Das Präsidium wird beauftragt, eine dem Beschluß entsprechende Eingabe an den Reichskanzler zu richten. Weiter wird angenommen ein Antrag zur Förderung der Heidenmission als vornehmste Pflicht der Kirche, den „wahren" Glauben über die ganze Erde zu verbreiten; auch die „gesteigerte Kolonialarbeit des Reiches" wird angeführt als „Ansporn zu außerordentlichen Leistungen" auf diesem Gebiet. Es folgt dann die Annahme von Anträgen zur Förderung des Bonifaziusvereins, der die Erhaltung des Glaubens der Katholiken in der Diaspora (unter andersgläubiger Bevölkerung) bezweckt, des Raphaelsvereins, der seine Wirksamkeit auf die Fürsorge katholischer Auswanderer erstreckt, endlich des Vereins vom hl. Lande, der die Aufgabe hat, Palästina „der Zivilisation und dem wahren Glauben zurückzuführen".

• •

Nach Beendigung des Kulturkampfes, in den achtziger Jahren, verkündete Windthorst, daß nunmehr der wahre Kulturkampf beginne: der Kampf der gläubigen Christenheit um die Schule. Diesen Kampf, den man in der Folge nie aus den Augen gelassen hat, haben die Ultramontanen auf dem vorletzten Katholikentag in Mainz durch die Gründung der Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung nunmehr mit aller Kraft aufgenommen, und es zeugt für die Wichtigkeit, die der Klerikalismus dieser Frage beilegt, daß der neuen Organisation die ersten Stunden des heutigen Tages zu einer öffentlichen Versammlung eingeräumt worden waren. Die Versammlung, die in der großen Festhalle stattfand, war sehr gut besucht; auch die Frauen, auf deren Mitwirkung in dieser Frage besonderer Wert gelegt wird, waren zahlreich vertreten. Der Urheber des Planes zur völligen Klerikalisierung der Volksschule, Zentrumsabgeordneter Marx (Düsseldorf), führte den Vorsitz. Er gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Organisation. Landesausschüsse bestehen in Bayern, Hessen und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120814/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG